

Antrag auf Gewährung von Leistungen

nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII)

ausgehändigt am:

- Ich beantrage Hilfe zum Lebensunterhalt
 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
 Bildungs- und Teilhabeleistungen (gemäß der beigefügten Aufstellung)
 Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
 Hilfe in besonderen Lebenslagen
 als einmalige Leistung als laufende Leistung
 die Gewährung eines Darlehens

nach den Bestimmungen des SGB XII entsprechend den nachstehenden Angaben:

Erläuterung der konkreten Bedarfslage

Hinweise: Um über Ihren Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen benötigt. Art und Umfang können Sie diesem Vordruck entnehmen. Der Antrag muss von Ihnen **sorgfältig** und **vollständig** ausgefüllt werden. Zutreffendes ist **anzukreuzen**. Die erforderlichen Nachweise zu Ihren Angaben sind mir **lückenlos** vorzulegen. Von Ihnen eingereichte Originale erhalten Sie selbstverständlich zurück.

Sämtliche Daten unterliegen dem Sozialgeheimnis. Ihre Angaben werden aufgrund der §§ 60 bis 65 des Ersten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB I) sowie des Zweiten Kapitels des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) erhoben, verarbeitet und genutzt, soweit dies aufgrund der geltenden rechtlichen Vorgaben zulässig und geboten ist.

Angaben zu den persönlichen Verhältnissen

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Name		
ggf. Geburtsname <small>sofern abweichend</small>		
Vorname		
Geschlecht	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich	<input type="checkbox"/> männlich <input type="checkbox"/> weiblich
Geburtsdatum		
Geburtsort <small>bei Geburt außerhalb der Bundesrepublik Deutschland auch Geburtsland</small>		
Staatsangehörigkeit		
Familienstand <small>ledig, verheiratet, eingetragene Lebenspartnerschaft, getrennt lebend usw.</small>		
Anschrift <small>Straße, Hausnummer, PLZ und Wohnort</small>		
Telefonnummer		
Steuer-Identifikationsnummer <small>(elfstellig)</small>		
allgemeine Angaben	<input type="checkbox"/> Haushaltsvorstand <input type="checkbox"/> Haushaltsangehörige(r)	<input type="checkbox"/> Haushaltsvorstand <input type="checkbox"/> Haushaltsangehörige(r) <input type="checkbox"/> Ehegatte <input type="checkbox"/> Partner(in)

ggf. aufenthaltsrechtl. Status
nur bei Ausländer(inne)n

ggf. Aufenthalts- und Erwerbszeiten im Ausland
Wohnort, Zeitraum, Tätigkeit u. Arbeitgeber

ggf. Betreuer(in)
Kopie der Bestellungsurkunde des Amtsgerichtes bitte beifügen

ggf. Heimaufenthalt
Anschrift **vor** der Aufnahme in die jetzt bewohnte Einrichtung

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)

Angaben zu weiteren Haushaltsangehörigen (ggf. gesondertes Blatt verwenden)

Name	Vorname	Geburtsdatum	Verwandtschaftsverhältnis	Steuer-Identifikationsnummer

Soweit Haushaltsangehörige über eigenes Einkommen/Vermögen verfügen, ist dies auf einem gesonderten Blatt anzugeben.

Angaben zu Unterhalts- und anderen Rechtsansprüchen

Kinder/Eltern

- Leben unterhaltspflichtige Angehörige (Kinder sowie Eltern) außerhalb Ihres Haushaltes?
- Bestehen aktuell Unterhaltsansprüche nach bürgerlichem Recht und inwieweit werden diese ggf. erfüllt?
- Verfügt eines Ihrer Kinder oder ein Elternteil über Einkommen ab 100.000 € im Jahr (brutto)?

(Ex-)Ehe-/Lebenspartner

Angaben zu Ansprüchen gegenüber (Ex-)Ehepartnern oder (Ex-)Partnern einer eingetragenen Lebenspartnerschaft (Nachweise sind beizufügen!)

ggf. Name und Anschrift des (Ex-)Ehe-/Lebenspartners

Besteht ein Rechtsanspruch auf Zahlung **weiterer Leistungen** gegenüber **Dritten**?

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> nicht bekannt <input type="checkbox"/> ja (Namen und Anschriften siehe gesondertes Blatt)
<input type="checkbox"/> Unterhaltszahlungen werden geleistet <input type="checkbox"/> Zahlungen erfolgen trotz Anspruchs nicht <input type="checkbox"/> Anspruch wird derzeit geltend gemacht <input type="checkbox"/> auf Unterhalt habe ich verzichtet	<input type="checkbox"/> Unterhaltszahlungen werden geleistet <input type="checkbox"/> Zahlungen erfolgen trotz Anspruchs nicht <input type="checkbox"/> Anspruch wird derzeit geltend gemacht <input type="checkbox"/> auf Unterhalt habe ich verzichtet
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja (nähere Angaben siehe gesondertes Blatt)

Angaben zum Einkommen (bei laufenden Einkünften sind die Monatsbeträge anzugeben)

Erwerbseinkommen

- aus **nichtselbständiger** Arbeit (auch z. B. Ausb.-Vergütung, Werkstatteinkommen)
- aus **selbständiger** Tätigkeit (Gewerbebetrieb o. ä.)
- aus **land- oder forstwirtschaftlicher** Betätigung

Renten/Pensionen

z. B. Alters-, Erwerbsminderungs-, Unfall-, Witwen- oder Waisenrente

Kindergeld

antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
€	€
€	€
€	€
€	€
€	€

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Unterhaltszahlungen	€	€
privatrechtliche Ansprüche z. B. Wohnrecht, Verpflegung, Taschengeld oder Leibrente	€	€
Vermietung/Verpachtung	€	€
Lohnersatzleistungen z. B. Krankengeld	€	€
Arbeitsförderungsleistungen z. B. Arbeitslosen-, Kurzarbeiter-, Insolvenz-, Übergangs- oder Ausbildungsgeld	€	€
Sozialhilfeleistungen z. B. Leistungen nach einem Sozialgesetzbuch oder dem BAföG	€	€
Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz	€	€
Leistungen vom Lastenausgleichsamt z. B. Unterhaltshilfe o. Entschädigungsrente	€	€
Zinseinkünfte und Dividenden aus Kapitalanlagen	€	€
Steuererstattungen	€	€
sonstige Einkünfte	€	€

Angaben zu den regelmäßigen Aufwendungen

(es sind die Monatsbeträge anzugeben)

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Krankenversicherung soweit diese nicht bereits bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt wurde	€	€
Pflegeversicherung soweit diese nicht bereits bei der Ermittlung des Einkommens berücksichtigt wurde	€	€
Unfallversicherung	€	€
Lebensversicherung(en)	€	€
Privathaftpflichtversicherung	€	€
andere Haftpfl.-Versicherungen z. B. für Kraftfahrzeughalter, Hauseigentümer oder Tierhalter	€	€
Hausratversicherung	€	€
Sterbegeldversicherung	€	€
weitere Versicherungen	€	€
sonstige Aufwendungen z. B. Kosten für die täglichen Fahrten zur Arbeitsstätte	€	€

Angaben zum vorhandenen Vermögen

(vollständige Angaben erforderlich)

	antragstellende Person	Ehegatte, Partner(in) oder Mitbewohner(in)
Barvermögen auch in Schließfächern verwahrte Gelder	€	€
Girokontenguthaben ggf. einschließlich Geschäftsguthaben	€	€
Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)		Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN/BIC		IBAN/BIC

- Der Wohnraum steht im Eigentum der antragstellenden Person oder gehört dem (der) Ehe- bzw. Lebenspartner(in) oder dem (der) Mitbewohner(in) und ist
- schuldenfrei.
 - nicht schuldenfrei (Nachweise über laufende Tilgungsleistungen, Zinszahlungen und sonstige Aufwendungen liegen bei).

Laufende Betriebskosten fallen derzeit in folgender Höhe an (entsprechende Belege sind beigefügt):

- Grundsteuer	€
- Wohngebäudeversicherung	€
- Trinkwasserversorgung	€
- Bezug von Heizmaterial	€
- Schornsteinreinigung/Brenngeräteprüfung	€
- Abwasser-/Kanalgebühren	€
- Nutzung des Regenwasserkanals	€
- sonstige Aufwendungen	€

- Die Wohnung wurde angemietet. Hierfür fallen Kosten im nachstehenden Umfang an (Kopie des Mietvertrages und Kontoauszüge oder Quittungen als Beleg für die Zahlung der Miete oder anderer Leistungen habe ich beigefügt):

- Kaltmiete	€
- Nebenkosten <input type="checkbox"/> mit Heizung/Warmwasser <input type="checkbox"/> ohne Heizung/Warmwasser	€
- Kosten für einen Stellplatz oder eine Garage	€
- Zuschlag für die Nutzung einer vom Vermieter gestellten Möblierung	€
- Abschlagzahlungen für die Energieversorgung (soweit nicht Bestandteil der Miete)	€

- Es besteht ein kostenfreies Wohnrecht. Einzelheiten können dem in Kopie beigefügten Vertrag entnommen werden.

- Ich bin Heimbewohner und
- zahle die anfallenden Heimkosten aus eigenen Mitteln.
 - erhalte Sozialhilfeleistungen in folgender Höhe (Bescheid ist beigefügt):

€

Angaben zu erforderlichen Mehrbedarfen

Ich bitte um Berücksichtigung folgender Mehrbedarfe für

- schwerbehinderte Personen, die durch Bescheid einer für die Durchführung des Bundesversorgungsgesetzes zuständigen Behörde oder einen Schwerbehindertenausweis die Feststellung des Merkzeichens „G“ nachweisen können (Berücksichtigung ggf. erst ab Aushändigung),
- werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche (meinen Mutterpass lege ich vor),
- allein erziehende Personen, die mit mindestens einem minderjährigen Kind zusammenleben und für dessen Pflege und Erziehung sorgen,
- behinderte Menschen, die das 15. Lebensjahr vollendet haben und Leistungen der Eingliederungshilfe nach § 54 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 bis 3 SGB XII (Hilfen zu einer angemessenen Schulbildung, zur schulischen Ausbildung für einen angemessenen Beruf oder zur Ausbildung für eine sonstige angemessene Tätigkeit) erhalten,
- kostenaufwändige Ernährung für Kranke, Genesende, behinderte Menschen oder von einer Krankheit oder Behinderung bedrohte Menschen (Anspruchsvoraussetzungen werden zu einem späteren Zeitpunkt vom Gesundheitsamt geprüft),
- die Erzeugung von Warmwasser durch eine in der Unterkunft installierte Vorrichtung. (Gemeint ist die dezentrale Warmwasserbereitung beispielsweise mittels eines Elektroboilers.)

Erklärungen zum Antrag

- Ich (Wir) habe(n) einen Antrag (Anträge) auf andere Leistungen gestellt, über den (die) noch nicht entschieden wurde (z. B. Wohngeld, Rente, Sozialhilfe, Krankengeld, Arbeitslosengeld, Ausbildungsförderung). Nähere Angaben sind dem gesondert beigefügten Blatt zu entnehmen.
- Ich bevollmächtige meinen Ehegatten (meine Ehegattin), Partner(in) oder Mitbewohner(in) zur Entgegennahme der seitens des Sozialhilfeträgers erlassenen Leistungsbescheide.
- Ich besuche eine Werkstatt für behinderte Menschen und nehme dort am Mittagessen teil.
 nicht (auch nicht gelegentlich) teil.

Den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII habe ich wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Angaben zum Ehegatten (zur Ehegattin), Partner(in) oder Mitbewohner(in) wurden von

- mir aufgrund der mir von dieser Person erteilten Vollmacht getätigt.
 meinem Ehegatten (meiner Ehegattin), Partner(in) oder Mitbewohner(in) persönlich gemacht.

Die Richtigkeit wird durch dessen (deren) Unterschrift bestätigt. Soweit ein Anspruch auf ausländisches Einkommen (z. B. Renten) oder Vermögen (z. B. Immobilien- oder Grundbesitz) besteht, habe(n) ich (wir) dies ordnungsgemäß und vollständig angegeben.

Falls und solange ich (wir) Hilfeleistungen nach dem SGB XII erhalte(n), werde ich (werden wir) sämtliche Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familien-, Wohn-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltssituation) unverzüglich und unaufgefordert mitteilen. (Dazu zählen auch vorübergehende Veränderungen wie befristete Beschäftigungsverhältnisse oder Auslands- und Krankenhausaufenthalte.)

Ich (Wir) ermächtige(n) das Geldinstitut, an das die Leistungen überwiesen werden, auch mit Wirkung gegenüber meinen (unseren) Erben und etwaigen anderen Verfügungsberechtigten, überzahlte Beträge auf Anforderung des Landkreises Rotenburg (Wümme) zurückzuzahlen und sämtliche Auskünfte zu erteilen, die zur Rückzahlung zu viel geleisteter Sozialhilfe erforderlich sind.

Mir (Uns) ist bewusst, dass **unrichtige** oder **unvollständige Angaben** zu meinen (unseren) persönlichen Verhältnissen, die mit der Absicht getätigt wurden, mir (uns) **nicht zustehende Sozialhilfeleistungen** zu erlangen, den **Straftatbestand des Betrugs** gemäß § 263 des Strafgesetzbuchs (StGB) erfüllen und die unverzügliche Beteiligung der zuständigen Staatsanwaltschaft zur Folge haben.

Erklärungen zur Zahlung der Leistungen

Bitte überweisen Sie die mir (uns) zustehenden Erstattungsbeträge (soweit Geldleistungen vorgesehen sind) wie folgt:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Abweichend davon sollen die Kosten der Unterkunft direkt an den Vermieter gezahlt werden:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Abweichend davon sollen die Energiekosten direkt an den Versorger gezahlt werden:

Name des Kontoinhabers (der Kontoinhaberin)	Bezeichnung des Kreditinstituts (nachrichtlich)
IBAN	BIC

Erklärungen zur Tilgung eines gegebenenfalls beantragten Darlehens

Die Rückzahlung des Darlehens werde(n) ich (wir) in folgenden monatlichen Raten vornehmen: €

Ich (Wir) erkläre(n) mich (uns) ausdrücklich damit einverstanden, dass die fälligen Teilbeträge in der vorgenannten Höhe mit meinem laufenden monatlichen Leistungsanspruch verrechnet werden.

Erklärungen zum Datenschutz

Ich (Wir) habe(n) die beigefügten Hinweise zum Datenschutz zur Kenntnis genommen und erkläre(n) mich (uns) mit der Verarbeitung der mich (uns) betreffenden personenbezogenen Daten im Rahmen der datenschutzrechtlichen Bestimmungen (insbesondere der Datenschutz-Grundverordnung) einverstanden.

Ort, Datum _____

Unterschrift des Antragstellers (der Antragstellerin) _____

Ort, Datum _____

Unterschrift des Ehegatten (der Ehegattin), Partner(in) oder Mitbewohner(in) _____

Ort, Datum _____

Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei minderjährigen Antragsteller(inne)n _____

**Datenschutzrechtliche Hinweise zum Antrag auf Gewährung von Leistungen
nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Zwölftes Buch (XII) - Sozialhilfe -
aufgrund des Inkrafttretens der Datenschutz-Grundverordnung der
Europäischen Union und der Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB)
Erstes Buch (I) - Allgemeiner Teil - sowie des Sozialgesetzbuches (SGB)
Zehntes Buch (X) - Sozialverwaltungsverfahren und Sozialdatenschutz -**

Mit dem Inkrafttreten der neu gefassten Vorgaben für den Datenschutz in der Bundesrepublik Deutschland sowie in der Europäischen Union am 25. Mai 2018 besteht für den Landkreis Rotenburg (Wümme) als Träger der Sozialhilfe und damit Verantwortlicher im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 der Datenschutz-Grundverordnung die Pflicht, auf die Regelungen bezüglich der Datenverarbeitung und der Rechte von betroffenen Personen hinzuweisen. Dieser Obliegenheit wird im Folgenden nachgekommen:

- Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über den Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem SGB XII entscheiden zu können. Die rechtliche Grundlage hierfür ergibt sich aus den Vorgaben des § 60 Abs. 1 SGB I.
- Soweit es für die Einhaltung der Bestimmungen des SGB XII und zur Ermittlung der für die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit maßgeblichen Verhältnisse im Einzelfall erforderlich ist, werden Daten sowohl manuell als auch automatisiert verarbeitet. Dies trifft auf sämtliche Vorgänge wie das Erheben, das Erfassen, die Organisation, das Ordnen, die Speicherung, die Anpassung oder Veränderung, das Auslesen, das Abfragen, die Verwendung, die Offenlegung durch Übermittlung, Verbreitung oder eine andere Form der Bereitstellung, den Abgleich oder die Verknüpfung, die Einschränkung, das Löschen oder die Vernichtung personenbezogener Daten zu (Artikel 4 Nr. 2 der Datenschutz-Grundverordnung).
- Die Antragsangaben sind mit entsprechenden Nachweisen zu belegen (§ 60 Abs. 1 Nr. 3 SGB I). Auf Kontoauszügen dürfen der Verwendungszweck oder der (die) Zahlungsempfänger(in) - nicht jedoch die Höhe des Betrages - geschwärzt werden, falls es sich um besondere Arten von personenbezogenen Daten handelt, aus denen die rassische und ethnische Herkunft, politische Meinungen, religiöse oder weltanschauliche Überzeugungen oder die Gewerkschaftszugehörigkeit hervorgehen. Ferner betrifft dies genetische und biometrische Daten zur eindeutigen Identifizierung einer natürlichen Person, Gesundheitsdaten sowie Daten zum Sexualleben oder der sexuellen Orientierung (Artikel 9 Abs. 1 der Datenschutz-Grundverordnung). In allen übrigen Fällen müssen sämtliche Angaben auf Kontoauszügen lesbar bleiben.
- Personen, die Leistungen nach dem SGB XII mit Ausnahme des Vierten Kapitels beziehen, können regelmäßig im Wege des automatisierten Datenabgleichs dahin gehend überprüft werden, ob die Angaben zum Einkommen und Vermögen zutreffend sind. Soweit dies zur Feststellung des Vorliegens der Anspruchsvoraussetzungen erforderlich ist, besteht nach § 93 Abs. 8 der Abgabenordnung für das Bundeszentralamt für Steuern die Verpflichtung, entsprechende Auskünfte zu erteilen. Dies gilt auch für die nach §§ 45d Abs. 1 und 45e des Einkommensteuergesetzes zu übermittelnden Daten. Darüber hinaus haben die Bundesagentur für Arbeit sowie die Träger der gesetzlichen Unfall- und Rentenversicherung Angaben zum Leistungsbezug zu machen. Weiterhin dürfen über sämtliche Leistungsbezieher nach dem SGB XII Informationen bei anderen Trägern der Sozialhilfe eingeholt werden. Eine Datenerhebung innerhalb der Landkreisverwaltung und bei verschiedenen Behörden und Einrichtungen (beispielsweise anderen Landkreisen und Gemeinden) ist ebenfalls zulässig. Hierzu wird insgesamt auf die Bestimmungen des § 118 SGB XII verwiesen.
- Personenbezogene Daten sind nach dem Ende des Sozialhilfebezugs in der Regel weitere zehn Jahre vorzuhalten. Die Frist beginnt am 1. Januar des auf die Beschlussfassung über den Jahres-

abschluss oder den konsolidierenden Gesamtabchluss des Haushaltsjahres, in das der Tag der Beendigung fällt, folgenden Jahres. Innerhalb dieses Zeitraums besteht kein Recht auf Löschung.

- Die mit Antragstellung erteilte ausdrückliche Einwilligung zur Verarbeitung der erhobenen personenbezogenen Daten ist jederzeit widerrufbar. Dies hat jedoch keine Auswirkungen auf die Rechtmäßigkeit der bis zu diesem Zeitpunkt erfolgten Verwendung der Antragsangaben. Mit dem Widerruf kann allerdings regelmäßig keine Auszahlung von Hilfeleistungen mehr vorgenommen werden.
- Gegenüber dem Landkreis Rotenburg (Wümme) besteht ein Recht auf Auskunft über die erfassten personenbezogenen Daten sowie gegebenenfalls auf Berichtigung, Löschung oder auf Einschränkung der Verarbeitung dieser Daten und ein Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung sowie ein etwaiges Recht auf Datenübertragbarkeit.
- Der leistungsbegehrenden oder -beziehenden Person steht ein Beschwerderecht bei der für Sozialhilfeangelegenheiten zuständigen Aufsichtsbehörde (Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung) zu.
- Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist gesetzlich vorgeschrieben (§ 60 Abs. 1 SGB I). Sollten die für die Beurteilung der Hilfebedürftigkeit notwendigen Angaben und Unterlagen nicht vorgelegt werden, ist eine abschließende Prüfung des individuellen Anspruchs nicht möglich. In der Regel erfolgt in diesem Fall die Ablehnung der begehrten Leistungen.
- Falls die personenbezogenen Daten (entgegen der jetzigen Absicht) zu einem späteren Zeitpunkt zu vom Antragsverfahren abweichenden Zwecken weiterverarbeitet werden sollen, haben die betroffenen Personen ein Anrecht, vorab Informationen zu den Hintergründen zu erhalten.
- Werden personenbezogene Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben, besteht hinsichtlich der Einzelheiten eine Informationspflicht des Trägers der Sozialhilfe, sofern die ermittelten Daten nicht schon bekannt sind oder die Mitteilung aufgrund gesetzlicher Vorgaben ausgeschlossen ist.
- Die betroffene Person hat das Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten und ist bei einer etwaigen Weitergabe an ausländische Stellen zu unterrichten. Der Umfang der Informationspflicht ergibt sich aus Artikel 15 der Datenschutz-Grundverordnung.

Kontaktdaten

Verantwortlicher: *Landkreis Rotenburg (Wümme)*
Der Landrat
Hopfengarten 2
27356 Rotenburg (Wümme)
Telefon: 04261/983-0
Telefax: 04261/983-2199
E-Mail: info@lk-row.de
DE-Mail: info@lk-row.de-mail.de

Datenschutzbeauftragte: *ITEBO GmbH*
Stüvestraße 26
49076 Osnabrück
Telefon: 0541/9631-0
Telefax: 0541/9631-196
E-Mail: dsb@lk-row.de

Landesdatenschutzbeauftragte: *Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen*
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: 0511/120-4500
Telefax: 0511/120-4599
E-Mail: poststelle@fd.niedersachsen.de

(Stand: Mai 2018)

Aufstellung der mit dem Antrag auf Gewährung von Leistungen nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuches (SGB XII) vorzulegenden Nachweise

Allgemeine Unterlagen

- Personalausweis oder Reisepass von sämtlichen im Haushalt lebenden Personen mit Nachweis über den Wohnort (soweit dieser nicht aus dem Dokument hervorgeht, wird eine Meldebescheinigung vom Einwohnermeldeamt der Gemeinde beziehungsweise Stadt benötigt)
- Krankenversicherungskarte oder Mitgliedsbescheinigung der Krankenkasse von sämtlichen im Haushalt lebenden Personen (sofern aktuell keine Kranken- und Pflegeversicherung besteht, ist die Mitgliedschaft bei der vorherigen oder einer anderen gesetzlichen Krankenkasse zu beantragen) beziehungsweise Nachweis einer privaten Kranken- und Pflegeversicherung (zu zahlende Beiträge sind zu belegen)
- Nachweise über alle anderen vorhandenen Versicherungen (Privathaftpflicht- und Hausratversicherung, private Renten- und Lebensversicherungen, Sterbegeldversicherung, Unfallversicherung usw.)
- falls eine Schwerbehinderung vorliegt: Schwerbehindertenausweis
- bei Ausländer(inne)n: Aufenthaltsgenehmigung mit Ausweis
- im Falle einer angeordneten Betreuung: Nachweis über die Betreuung durch Vorlage der Bestellsurkunde oder des Betreuerausweises

Kinder oder Schwangerschaft

- Kindergeldbescheid oder ersatzweise Nachweis über die Antragstellung (zum Beispiel Eingangsbestätigung der Familienkasse), Nachweis über die Zahlung des Kindergeldes oder Kinderzuschlagsbescheid
- gegebenenfalls Elterngeldbescheid
- Kopie des Mutterpasses oder ärztliche Bescheinigung (wegen des voraussichtlichen Entbindungstermins) und Name, Vorname und Anschrift des Kindesvaters (eine Geburtsurkunde ist unmittelbar nach der Niederkunft einzureichen)
- Nachweis über Mutterschaftsgeld

Kindeserziehung durch lediglich ein Elternteil

- Nachweise über Unterhaltszahlungen/Nachweis über die Beistandschaft beim Jugendamt
- Unterhaltstitel
- Erklärung zum Sorgerecht und zur Ausübung des Umgangsrecht (familiengerichtliche Entscheidungen/Vereinbarungen vor dem Jugendamt/Erklärungen beider Elternteile)

Trennung oder Scheidung

- Erklärung zum vereinbarten Beginn des Trennungszeitraumes/Vorlage des außergerichtlichen Schriftverkehrs
- Nachweis über die Hausratsauseinandersetzung und -aufteilung (gegebenenfalls Vorlage der notariellen Urkunde)
- Scheidungsurteil oder -beschluss
- Ehegattenunterhaltstitel und gegebenenfalls Zahlungsnachweise über nachehelichen Unterhalt

Mietverhältnis

- Mietvertrag und gegebenenfalls die Nachweise über nachträgliche Änderungen (beispielsweise Mietzinserhöhung)
- Mietbescheinigung (Vordruck ist zu verwenden) und Energieausweis (bei Anmietungen ab dem 1. Januar 2009)
- Nachweise über Abschlagszahlungen an die Versorgungsunternehmen (Strom, Wasser, Gas) beziehungsweise noch vorhandene Rechnungen für den Öl-, Kohle- oder Holzbezug
- Abrechnung der vom Vermieter geltend gemachten Betriebskosten (aktuellste Version)

Haus- oder Wohnungseigentum

- Nachweise über die regelmäßigen Hauslasten (Zins- und Tilgungspläne, Darlehensverträge, Bausparverträge nebst letzter Kontoauszüge)
- Nachweise über die Hausnebenkosten und deren Fälligkeit (Grundsteuerbescheid, Abfallgebührenbescheid, Wohngebäudeversicherung, Gas-, Strom-, Wasser- sowie Abwasserabschläge, Schornsteinfegergebühren, Zahlungen an einen Unterhaltungsverband, Heizkosten usw.) einschließlich der letzten Jahresabrechnungen (insbesondere für Wasser, Abwasser, Strom und Erdgas)
- Wärmebedarfsberechnung (bei Neubauten ab 2002) und Wohnflächenberechnung
- Erklärung über die Art der Warmwassererzeugung (Strom/Heizungsanlage)
- Eigentumsnachweis (Änderungsmitteilung Grundbuch/Kaufvertrag)

Einkommen

- bei Erwerbseinkommen: Gehaltsabrechnungen der letzten 3 Monate und Arbeits- oder Ausbildungsvertrag
- sofern Arbeitslosigkeit vorliegt: Bewilligungsbescheid über die Zahlung von Arbeitslosengeld, Ausbildungsgeld, Insolvenzgeld, Unterhaltsgeld (bei Umschulung), Berufsausbildungsförderung usw. beziehungsweise Nachweis über das Ende des entsprechenden Anspruches)
- im Falle von Vermietung und Verpachtung: Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für das Objekt
- sofern Rentenansprüche bestehen: Rentenbescheide (Erstbescheid(e) und aktuelle Anpassungsmitteilungen)
- gegebenenfalls Nachweise über derzeitige ausländische Rentenansprüche
- falls Wohngeld bezogen wird: Wohngeldbescheid
- bei Leistungen der Pflegekasse: Bescheid der Pflegekasse
- soweit Anspruch auf BAföG-Leistungen besteht: BAföG-Bescheid (bei Beendigung eines Studiums ist eine Exmatrikulationsbescheinigung einzureichen)

Vermögen, Vermögenswerte und Verbindlichkeiten

- vollständige Kontoauszüge aller (auch im Ausland) bestehenden Konten für die letzten drei Monate (von allen Haushaltsangehörigen)
- im Falle von Online-Banking: Originalkontoauszüge oder eine von der Bank bestätigte Umsatzübersicht für die letzten drei Monate
- gegebenenfalls Online-Auszüge aller vorhandenen PayPal-Konten der letzten drei Monate
- sämtliche Sparbücher (Guthaben sind gegebenenfalls aktualisieren zu lassen)
- bei Bausparguthaben: Vertrag und aktuellster Bausparkontoauszug
- weitere Vermögensnachweise (über Depotguthaben, Sparbriefe und andere Anlageformen)
- detaillierte Angaben zu sonstigen materiellen sowie immateriellen Vermögenswerten (beispielsweise Kunstgegenstände, Münzsammlungen oder Patentrechte)
- aussagekräftige Unterlagen über nicht selbst bewohnten (auch ausländischen) Immobilien- und Grundbesitz (Lage, Größe, Wert, dauernde Lasten sowie gegebenenfalls Miet- oder Pachteinnahmen)
- Fahrzeugschein oder Fahrzeugbrief und Nachweis über die Kraftfahrzeughaftpflichtversicherung sowie die letzte Beitragsrechnung
- möglicherweise vorhandene Nachweise über Kredit- oder Finanzierungsvereinbarungen

Hinweis: Sollten aus Ihrer Sicht weitere Unterlagen für die Entscheidung über Ihren Antrag erforderlich sein, so legen Sie bitte auch diese vor. Hierdurch kann eine Verzögerung bei der Bearbeitung Ihres Antrages möglicherweise vermieden werden.